

# Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten  
im Landkreis Starnberg



September 2023

## Gauting

### **Sanierung des Schwimmbads**

In der ersten Sitzung des Gemeinderates nach den Sommerferien wurde die mittlerweile zur Tradition gewordene Jahresbilanz (laufendes Jahr) des Gautinger Schwimmbades vorgestellt. Dabei standen die möglichen Sanierungspläne, ihre Kosten und Nutzen für die Zukunft im Fokus. Außer Frage steht hierbei die Notwendigkeit der Sanierungsarbeiten im Bereich der Umkleidekabinen, und die energetische Sanierung. Die Kosten für diese Maßnahmen sind in den vergangenen Jahren rasant gestiegen, was angesichts knapper Finanzen der Gemeinde Gauting eine zusätzliche Herausforderung darstellt. Die im Raum stehende Subventionierung durch den Staat erleichtert die Sachlage, löst sie jedoch keineswegs. So muss sich Gauting entscheiden, ob die Sanierung durch Übergangslösungen herausgezögert werden kann oder umgehend geschehen soll. Angesichts der Energiekosten und des ökologischen Fußabdrucks der Einrichtung wird das Gautinger Schwimmbad wahrscheinlich künftig auf sein Alleinstellungsmerkmal – das Warmwasserbecken – verzichten müssen.

### **Änderung der Stellplatzsatzung**

Für eine rege Diskussion sorgte der Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen auf Änderung der Satzung über Stellplätze und Garagen der Gemeinde Gauting. Laut den Antragstellern sei es ein Gautinger Phänomen, die Bauherren dazu zu verpflichten, die Stellplätze größer bauen zu müssen, als die bayerische Garagen- und Stellplatzverordnung es verlangt. Dieses Vorgehen ließe die Baukosten explodieren. Als Fraktion diskutierten wir intern diesen Antrag. Auf der einen Seite brauchen die modernen Autos mehr Platz. Doch da wir als Gemeinde die Kosten sowie die Attraktivität der Bauprojekte im Blick behalten müssen und der Antrag lediglich eine Streichung der vorgegebenen erhöhten Maße (mindestens 2,80 m breit und mindestens 5,50 m lang) vorsieht, stimmten wir dafür.

### **Entscheidungen für Stockdorf**

Für die Stockdorfer Mitbürger gab es an dem vergangenen Dienstag einige wichtigen Entscheidungen. So wird es nun mit der Sanierung des Allwetterplatzes bei der Grundschule weitergehen. Außerdem wird die Informationsveranstaltung Stockdorf – neues Leben an der Würm mit einem anschließenden Plenum geplant. So können die Bürger aktiv am Geschehen in ihrem Gemeindeteil mitwirken

## Krailling

### **Gewerbegebietserweiterung**

Gegen die Stimmen der FDP hat am 22.8.2023 der Ferienausschuss des Kraillinger Gemeinderats den Tagesordnungspunkt zur Anpassung der Fragestellung des Ratsbegehrens über die Erweiterung der KIM auf

# Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten  
im Landkreis Starnberg



das gemeindeeigene ehemalige Antennenfeld vertagt und so die Behandlung des Themas nicht ermöglicht. Damit ist faktisch kein Bürgerentscheid zusammen mit Landtags- und Bezirkstagswahl mehr möglich, da der nötige Vorlauf für eine neue Sitzung und Druck der Briefwahlunterlagen nicht mehr eingehalten werden kann.

Der Gemeinde Krailing liegen derzeit Vormerkungen für den Kauf von Gewerbeflächen vor von insgesamt über 30 Unternehmen mit einem Flächenbedarf von über 90.000 m<sup>2</sup>; davon etwa ein Drittel aus Krailing und die Hälfte aus dem Landkreis.

Eine Stellungnahme von aus der FDP-Fraktion zur Verschiebung des Ratsbegehrens können Sie hier nachlesen: <https://www.fdp-krailing.de/news/kommentar-zur-ratsbegehren-kein-vertrauen-in-die-buergerschaft/>.

Im September nahm die FDP an zwei Veranstaltungen zum diesem Thema zwischen der Firmenvertretung KIM-e.V. und dem Gemeinderat teil, bei der der Erweiterungsbedarf vieler KIM-Firmen erläutert wurde. Zugleich wurde darum gebeten, den Firmen einen Zeithorizont zur eigenen Zukunftsplanung mitzuteilen, sollte es zusätzliche Flächen geben. Teilgenommen wurde auch an der Veranstaltung des BUND NATURSCHUTZ in Krailing mit dem Thema Gewerbegebiet im Bannwald. Hierbei war der Schutz des Waldes vor Bebauung das Hauptthema, einschließlich der bekannten und auch den Unterstützern des Ratsbegehrens bewussten Schwierigkeiten, in einem Bannwald- und Landschaftsschutzgebiet zu bauen. Allerdings kann mit einem aussagekräftigen Gutachten über Ausgleichsmaßnahmen und einem überwiegenden öffentlichen Interesse durchaus eine Bebauung möglich sein. Die FDP-Fraktion versuchte in der Diskussion, die finanziellen Notwendigkeiten der Gemeinde darzustellen, die eben nicht nur in künftigen jährlichen (auch jährlich schwankenden) Gewerbesteuererinnahmen liegen, sondern auch in Einmal Erlösen aus dem Grundstücksverkauf. Zudem erkundigte sie sich nach den Voraussetzungen auch für den Bau von Windkraftanlagen.

Mit 14:2 Stimmen wurde am 26.09.2023 entschieden, dass der Beschluss vom 13.06.2023 und damit das Ratsbegehren am 08.10.2023 nicht durchgeführt wird. Dabei war die FDP-Fraktion, als Unterstützer des Ratsbegehrens in seiner ursprünglichen Form, dagegen.

## **Öffentliche Haushaltsberatungen**

Die FDP-Fraktion hat im September einen Antrag eingebracht, die Haushaltberatungen künftig weitgehend öffentlich stattfinden zu lassen:

„Der Gemeinderat der Gemeinde Krailing möge beschließen: „Ab sofort werden die Vorberatungen und Beratungen zum gemeindlichen Haushalt in öffentlicher Sitzung behandelt. Die Nichtöffentlichkeit ist nur dann vorzusehen, wenn sie auch bei anderen Themen gefordert ist.“

Als Begründung wird angeführt: Während die bisher nur nichtöffentlich durchgeführten Haushaltsberatungen den Vorteil einer konzentrierten Arbeitsweise haben, so führen sie doch bei vielen Haushaltsthemen zu ungenügender Kommunikation und mangelnder Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen und ihren Gründen in der Öffentlichkeit. Gerade vor dem Hintergrund einer zukünftig noch stärker nötigen Priorisierung von Projekten und Themen wird eine öffentliche Beratung zu mehr Transparenz

# Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten  
im Landkreis Starnberg



des politischen Handelns führen. Selbstverständlich kann in einem nicht-öffentlichen Sitzungsteil denjenigen Erfordernissen Genüge getan werden, die sich z.B. aus den Belangen des Persönlichkeitsschutzes, der Wahrung des Steuergeheimnisses oder auch der Sicherung der Verhandlungsposition der Gemeinde ergeben. Der Gemeinderat folgte dem Antrag am 26.06.2023 einstimmig.

## **Kommunale Wärmeplanung und Kommunale Photovoltaik**

Die Kraillinger Klimaschutzmanagerin Dr. Pabst stellte ihr Konzept für eine umfangreiche Wärmeplanung vor, die zu einem digitalen Zwilling der Gemeinde führen soll. Hierfür soll ein Förderantrag gestellt werden. Zudem stellte sich ein Ingenieurbüro vor, das kostenfreie Information in Gemeinden anbietet für Photovoltaikanlagen auf Privatdächern. Dabei soll das Hindernis „Beratungsbedarf + aufwendige Planung + welche Firma“ angegangen werden, um möglichst viele KWp auf Dächern von Wohn- und Gewerbeimmobilien zu installieren, immer in Zusammenarbeit mit Handwerkern aus der Region. Auf Nachfrage der FDP, wo die Firma Geld verdient, antwortet der Geschäftsführer, dass die Beratung und Planung von Anlagen kostenfrei sei und regionale Handwerksbetriebe als Ausführende entlastet würden, die diese Ersparnis dann als Pauschale an das Ingenieurbüro zahlten. Weitere Fragen aus dem Gemeinderat befassten sich mit der Erfahrung bei WEGs (diese sei durch Zusammenarbeit mit „hochspezialisierten“ Partnern gegeben), dem Begriff „regionale“ Firmen (die firmeninterne Definition ist: Firmen bisher aus dem eigenen Landkreis und benachbarten Landkreisen) und den nächsten Schritten, worauf der Bürgermeister antwortete, dass die Gemeinde keine Firma empfehlen dürfe, sondern wohl einen Infotag für die Bürgerschaft organisieren werde.

## **BayernNetzNatur im Kreuzlinger Forst**

Nach dem Bericht von Herrn Breitsameter (Tanklager-Eigentumsgesellschaft) und Herrn Hinze (Landratsamt Starnberg), der neben einem zeitlichen Rückblick auch von Kommunikationsschwierigkeiten der Partner untereinander und politischen Befindlichkeiten handelte, kam die Mehrheit des Kraillinger Gemeinderats zu dem Schluss, dass das gesamte Projekt, aus dem sich der Landkreis bereits zurückgezogen hat und für das auch keine Förderung mehr gewährt wird, beendet werden soll. Die FDP warb – ähnlich wie andere Gemeinderatsmitglieder – für die Suche nach einer neuen Fördermöglichkeit. Das Projekt wurde mehrheitlich beendet.

## **Pöcking**

### **Erweiterung des Angebots an Elektroladesäulen**

In Pöcking entstehen in den kommenden Monaten 16 neue Ladepunkte. Einen entsprechenden Beschluss fasste der Gemeinderat, nachdem sich der Arbeitskreis Klimadialog mit den Standorten auseinandergesetzt hatte. Aus FDP-Sicht ist es besonders wichtig, gezielt in Niederpöcking und im Lindenberg Ladepunkte zu schaffen, da die Anwohner aufgrund der Wohn- und Garagensituation dort oft keine Möglichkeit haben, eigene Wallboxen zu installieren. Zusätzlich entstehen 2 Schnellladepunkte im Ortszentrum, welche von Reisenden genutzt werden können.

### **Gigabit-Ausbau**

# Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten  
im Landkreis Starnberg



Nicht ganz so schnell schreitet der Gigabitausbau voran. Nachdem die Telekom einen eigenwirtschaftlichen Ausbau des Netzes für einzelne Ortsbereiche angekündigt hat, beschloss der Gemeinderat auch den Ausbau aller Adressen außerhalb des Ausbaubereichs, welche im Gigabitförderverfahren des Bundes 2.0 berücksichtigt werden können. Die FDP befürwortet die Entscheidung und sieht den Eigenanteil der Gemeinde von rund 450.000 € gut investiert an, weil schnelles Internet wesentlicher Faktor für wirtschaftliche Betriebe, Homeoffice und digitale Teilhabe ist.

## Seefeld

### **Prognose der Einwohnerentwicklung**

Auf Antrag einer Ratsfraktion wurde von der Verwaltung eine Prognose der Einwohnerentwicklung auf Basis der bekannten und erwarteten Bautätigkeit erstellt. Diese Prognose soll dazu dienen, rechtzeitig die Infrastruktur in der Gemeinde (Kitas, Schule etc.) entsprechend anzupassen. Danach wird die Einwohnerzahl von derzeit 7700 bis zum Jahr 2040 auf etwa 8600 anwachsen. Diese Prognose ist trotz aller Unsicherheiten eine gute Basis für die weiteren Planungen.

### **Gehwegverbreiterung in der Hauptstraße**

Im Bereich der ehemaligen Schlossapotheke ist der Gehweg sehr schmal. Eine Ratsfraktion hat nun den Antrag auf Verbreiterung gestellt. Dies gestaltet sich wegen der engen Straßensituation recht schwierig und ist nicht ohne den Verlust von einigen Parkplätzen zu erreichen. Eine knappe Mehrheit sprach sich dafür aus, den Gehweg nur auf der Südseite zwischen Hubertusstraße und Steebstraße zu verbreitern. Gleichzeitig soll die Bushaltestelle an der Hubertusstraße günstiger gestaltet und nach Möglichkeit mit einem Witterungsschutz versehen werden.

### **Lärmschutzverordnung**

Die vor 20 Jahren verabschiedete Verordnung über die zeitliche Beschränkung ruhestörender Haus- und Gartenarbeiten stand wegen Auslaufens nach diesem Zeitraum zur Erneuerung an. Derzeit sind diese Arbeiten von Montag bis Freitag von 8 bis 12 und von 14 bis 19 Uhr zulässig, an Samstagen nur bis 18 Uhr. Trotz einer Reihe von eher geringfügigen Änderungswünschen, aber auch dem Antrag auf Abschaffung dieser Verordnung, wurde mit großer Mehrheit eine unveränderte weitere Gültigkeit (von maximal 20 Jahren) beschlossen. Eine von der Verwaltung vorgeschlagene zusätzliche Regelung lautstarker Musik- und Tonwiedergaben wurde einstimmig abgelehnt.

### **Erneuerung der Bahnunterführung am Grundberg**

Die Deutsche Bahn wird die in die Jahre gekommene Unterführung am Grundberg erneuern. Die Gemeinde kann dabei ihre Vorstellungen mit einbringen, muss sich dann aber zunächst an den Planungs- und dann - bei entsprechender Ausführung - an den Baukosten beteiligen. Eine Verbreiterung für einen Gehweg und eine Tieferlegung der Straße, damit auch größere Rettungsfahrzeuge passieren können, erscheinen wünschenswert. Nun soll zunächst ausgelotet werden, welche Bauausführung dem aktuellen Standard entspricht.

# Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten  
im Landkreis Starnberg



## Starnberg

### **Stadtratssitzung**

Der Stadtrat beschließt die Vertagung über die Erhebung von Gebühren für die Sondernutzung an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen. Diese Sondernutzungen sind: Schaffung von Anfahrtzonen für Baustellen, vorübergehende Halteverbote und übermäßige Benutzung einer Straße durch Einzel-, Sattelfahrzeuge und Züge über 40 t. Hier wurde auch von Seiten der FDP ein Ausweichen der Höchstgrenzen gewünscht.

### **Kulturausschuss**

Der Kulturausschuss bestätigt das bestehende Leitbild für das Museum Starnberger See. Für die Programmkonzeption werden der Museumsleitung jährlich 25.000 Euro sowie für die dazugehörige Öffentlichkeitsarbeit 20.000 Euro zur Verfügung gestellt. Der Vorschlag der FDP und WPS, beide Budgets um jeweils 5.000 Euro zu erhöhen, wurde abgelehnt. Die nächste Sonderausstellung ist dem Berger Schriftsteller Oskar Maria Graf gewidmet.

Der Kulturausschuss stimmt den Vorschlägen zur Aufwertung des Museums mit seiner Seite zur Possenhofener Straße zu. Hierzu zählen Präsentation von Bannern mit dem Museumsprogramm, LED-Beleuchtung auf dem Vordach, neuer Schriftzug und vieles mehr. Der Ausschuss beauftragt die Stadtverwaltung mit der Umsetzung und Prüfung der Maßnahmen. Der Antrag der FDP zur Schaffung eines gastronomischen Angebots im Museumsgarten (Food-Truck) wurde mit Hinweis auf Feuerwehrzufahrten und Fluchtwege abgelehnt. Zur Belebung des Museums versucht die Stadtverwaltung, das Angebot des bestehenden Museumscafés attraktiver zu machen – etwa dadurch, dass eine Lösung zur Genehmigung für den Verkauf von Kuchen gefunden wird.

### **Sonstiges**

Die Ausbesserung des Fahrradschutzstreifens auf der Hanfelder Straße (sicherheitsrelevanter Aspekt) wurde zum zweiten Mal von Seiten der FDP angemahnt.

Die FDP forderte des Weiteren den Bürgermeister auf, den Stadtrat über die Verhandlungen zur Finanzierung der Seeanbindung zu berichten.

Die Bürgerversammlung, die am 14. September nach kurzer Zeit von Seiten des Bürgermeisters abgebrochen wurde, findet nun am 04. Oktober um 18.00 in der Schlossberghalle statt.